

# Vereinigtes Königreich

David Allen

Auf dem Parteitag der regierenden Labour Party im September 2006 kündigte Premierminister Tony Blair an, dass dies sein letzter Parteitag als Parteivorsitzender sein würde. Dies führte natürlich zu erheblichen Spekulationen darüber, wann genau er zurücktreten und wer am ehesten sein Nachfolger würde. Es war immer klar, dass Schatzkanzler Gordon Brown an der Spitze der Prätendenten stand, und dieser wurde schlussendlich 2007 ohne Gegenkandidat als Blairs Nachfolger gewählt. Es wurde wesentlich mehr darüber spekuliert, wann genau Blair sich zurückziehen würde – vor allem angesichts der breit publizierten Ermittlungen zu den Vorwürfen, seine Regierung wäre bereit gewesen, im Gegenzug für finanzielle Unterstützung politische Ämter zu vergeben. Doch schließlich hielt er bis nach dem Europäischen Rat im Juni 2007 durch. Damit stellte Blair sicher, dass er für die gesamte Dauer der im Anschluss an das Scheitern des Verfassungsvertrages vereinbarten „Reflexionsphase“ an der Spitze der britischen Regierung blieb und dass Großbritannien sich (ungeachtet einiger spezifischer Vorbehalte, die als britische „red lines“ bekannt waren) für einen Reformvertrag einsetzte, um einige institutionelle Anpassungen der Europäischen Union mit auf den Weg zu bringen.

## Innenpolitische Entwicklungen

Trotz des dritten Sieges in Folge bei den Parlamentswahlen 2005 führte Blairs nachlassende Führung zu einem schwierigen Jahr 2006 für die britische Regierung. Die Labour Party schnitt bei den Kommunalwahlen im Mai besonders schlecht ab, während die Konservativen unter ihrem neuen Vorsitzenden David Cameron Anzeichen einer Wiederbelebung zeigten. Die seit langem andauernde Fehde zwischen Tony Blair und Gordon Brown ermutigte einige zu Aussagen, dass Blair sein Möglichstes täte, um sicherzustellen, dass Brown ihm nicht nachfolgen würde. Blairs Kabinettsumbildung nach den Kommunalwahlen trug nicht dazu bei, derartige Spekulationen zu dämpfen. Vor allem die Beförderung von John Reid zum Innenminister und von Des Brown zum Verteidigungsminister zusammen mit der „Degradierung“ von Jack Straw vom Außenminister zum Parlamentspräsidenten legten nahe, dass Blair darauf aus sei, seinen Anhängern für den anstehenden Kampf mit Browns Gefolgsleuten den Rücken zu stärken. Die Ernennung von Margaret Beckett als Außenministerin ließ allerdings viele staunen, obwohl ihre große Erfahrung in Verhandlungen mit der EU, zuletzt als Landwirtschaftsministerin, andeutete, dass dies eine eher substantielle als nur taktische Ernennung war.

Gegen Ende des Jahres, als klar schien, dass Brown sich durchsetzen würde, veränderte Blair seinen eigenen Stab in der Downing Street auf einigen strategischen Posten, was von der Presse dahingehend interpretiert wurde, dass für Gordon Brown und dessen Berater der Weg frei gemacht werden solle.<sup>1</sup> Browns Ansichten über Außenpolitik im Allgemeinen

---

Übersetzt aus dem Englischen von Gudrun Staedel-Schneider.

<sup>1</sup> Blitz, James: UK set for shake-up of senior diplomats, in: Financial Times, 10.12.2006.

blieben eher ein Rätsel, da er sich als Schatzkanzler zu Themen wie dem Krieg im Irak und anderen Aspekte der britischen Außenbeziehungen immer zurückgehalten hatte. Über seine Meinung über die EU war allerdings mehr bekannt: Ihm wurde unterstellt, weniger enthusiastisch zu sein als Blair. In jedem Fall wird Gordon Brown zugeschrieben, dass Großbritannien während der letzten zehn Jahre nicht den Euro übernommen hat und dass er Blair eine Reihe wirtschaftlicher Bedingungen für eine britische Mitgliedschaft beim Euro aufgenötigt hat. Außerdem nahm Brown üblicherweise im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister eine konfrontative und manchmal selbstgerechte Haltung ein. Manche vermuteten, dass seine unbequeme Position bei einigen EU-Themen eher mit seiner andauernden Fehde mit Tony Blair zusammenhing und dass er sich als Premierminister auf EU-Ebene moderater geben würde. Zumindest würde Brown als Premierminister keinen Gordon Brown als Schatzkanzler neben sich haben, der ständig versuchen würde, seine Position in der Europapolitik zu unterminieren.

Als David Cameron Ende 2005 erstmals zum Vorsitzenden der Konservativen Partei gewählt wurde, versprach er, seine Partei aus der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europaparlament herauszulösen. Zusammen mit seiner Entscheidung, den stark anti-EU eingestellten William Hague als Schattenaußenminister zu ernennen, deutete dies zunächst darauf hin, dass der neue Vorsitzende eine euroskeptische Position einnehmen würde. Doch gegen Ende 2006 hatten Cameron und Hague ihr Versprechen, die EVP zu verlassen, noch nicht eingelöst, da keine der rechts gerichteten Gruppierungen akzeptabel war. Wenn Cameron sein Versprechen, die EVP zu verlassen, einlösen will, riskiert er, sich sowohl von einigen Europaabgeordneten der Konservativen, wie auch von potenziellen Verbündeten, wie Angela Merkel und Nicolas Sarkozy, zu entfremden. Daher scheint es, als würde er versuchen müssen, eine neue Gruppe, eventuell zusammen mit konservativen Parteien aus einigen der neuen östlichen Mitgliedstaaten, zu bilden.<sup>2</sup> Im Dezember 2006 unterstützte Cameron in Brüssel die Europäische Kommission und ihre Politik zu Klimawandel, zur Reduzierung der weltweiten Armut und zur Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Diese Abschwächung seiner Position kann darauf hindeuten, dass Cameron die Lektion gelernt hat, die seine direkten Vorgänger nicht verstanden haben: Die britische Wählerschaft sieht einigen Skeptizismus gegenüber der EU gerne, nicht aber unverblünte Feindseligkeit.

### **Großbritannien und die Europäische Union**

Zu Beginn des Jahres hielt Tony Blair eine seiner Grundsatzreden über die Europäische Union, diesmal am St Antony's College in Oxford.<sup>3</sup> Diese Rede kann als Blairs Sicht seines Beitrages zu den Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU während seiner Regierungszeit betrachtet werden. Darin hält Blair sich zugute, sein Land zurück in die Mitte der europäischen Debatte geführt zu haben, nachdem die Beziehungen zusammengebrochen und der britische Einfluss unter Margaret Thatcher und John Major mehr und mehr zurückgegangen war. Danach erwähnt er als seine wichtigsten Erfolge die erfolgreiche EU-Erweiterung von 2004, die Zusammenarbeit mit Frankreich bei der Europäischen Sicherheits- und

---

2 Henderson, Karen/Sitter, Nick: Political Developments in the EU Member States, in: The JCMS Annual Review of the European Union in 2006, 2007, S. 183-211, hier S. 208.

3 Blair, Tony: Europarede, gehalten am St Antony's College der Universität Oxford, 02.02.2006, <http://www.britischebotschaft.de/de/news/items/060202.htm>.

Verteidigungspolitik (ESVP) und die Einführung des Wirtschaftsreformprogramms von Lissabon. Seine Kritiker würden auch einige bedeutende Misserfolge hinzufügen, darunter an erster Stelle die Nichteinführung des Euro in Großbritannien, der mangelnde Erfolg bei der Umsetzung des Lissabon-Prozesses und das Versagen in dem Bemühen, ein akzeptables Gleichgewicht zwischen den britischen Interessen in der EU und denen in den USA zu finden. Herausragendes Beispiel dafür ist Blairs Unterstützung für die amerikanische Politik im Irak auf Kosten der europäischen Solidarität. Vielleicht am bedeutsamsten von allem ist Blairs Eingeständnis, dass es ihm nicht gelungen ist, die Unterstützung des britischen Volkes für die Politik zu gewinnen, die er in Europa hatte verfolgen wollen. Blairs Frustration über das, was er selbst als das britische Problem bezeichnete, wird am besten mit folgendem Zitat aus seiner Rede in St Antony's deutlich, als er sagte: „Das Dilemma, in dem sich ein britischer Premierminister in Bezug auf Europa befindet, grenzt ans Lächerliche. Im Grunde hat man die Wahl: Entweder man kooperiert in Europa und verrät Großbritannien; oder man verhält sich in Europa unvernünftig, wird zu Hause gelobt und ist in Europa ohne jeden Einfluss. Also: Isolation oder Verrat.“<sup>4</sup>

Ein halbes Jahr später hinterfragte José Manuel Barroso, der Präsident der Europäischen Kommission, in einer bemerkenswerten Rede in Chatham House in London die Fortschritte bei der Veränderung der britischen Haltung zur EU, die Tony Blair für sich reklamierte, und forderte sowohl Gordon Brown, als auch David Cameron unmissverständlich auf zu entscheiden, ob Großbritannien eine Führungsrolle in Europa übernehmen solle oder – wie er es ausdrückte – weiterhin „schmollend außen vor bleiben wolle.“<sup>5</sup> Barroso verknüpfte die Ansprüche Großbritanniens, gegen den Klimawandel anzugehen, gegen die Armut in Afrika zu kämpfen und die äußere und innere Sicherheit zu verbessern, mit der Notwendigkeit, die erweiterte EU an die gegenwärtige Situation anzupassen, indem eine institutionelle Reform nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages gefunden wird.

Großbritannien hat sich stets für eine EU-Erweiterung eingesetzt, und dies blieb auch so, als London 2006 die endgültige Entscheidung für einen Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum 1. Januar 2007 unterstützte (obwohl die britische Regierung im Gegensatz zu ihrer Position zur Erweiterungsrunde von 2004 beschloss, dass sie einer Einwanderungswelle aus diesen neuen Mitgliedstaaten kurzfristig Restriktionen entgegensetzen würde). Beim türkischen Beitritt fand sich Großbritannien wieder einmal in Opposition zu Frankreich. Dort äußerte die Führungsspitze mehr und mehr Bedenken über die „Erweiterungsmüdigkeit“, die Einwanderung und die Gefahren islamischen Fundamentalismus sowie dessen Einschlusses in die Europäische Union. Treu den amerikanischen Bedenken hinsichtlich der Gefahren einer Zurückweisung der türkischen EU-Mitgliedschaft folgend, behielt die britische Regierung ihre robuste Unterstützung für das Prinzip der türkischen Mitgliedschaft bei, indem sich Außenministerin Beckett den Versuchen der österreichischen Präsidentschaft beim Europäischen Rat im Juni widersetzte, die „Aufnahmefähigkeit“ der EU als Kriterium für künftige Erweiterungen aufzunehmen.<sup>6</sup> Nach dem Europäischen Rat im Dezember 2006 ließ die britische Regierung wissen, dass „eine Europäische Union mit der Türkei als Mitglied stärker, reicher und sicherer sei.“<sup>7</sup> Die Außenministerin

4 Ebd.

5 Barroso, José Manuel: Seeing through the Hallucinations: Britain and Europe in the 21st Century, Hugo Young Memorial Lecture, Chatham House, 16.10.2006, [http://www.chathamhouse.org.uk/files/8888\\_161006\\_barroso.pdf](http://www.chathamhouse.org.uk/files/8888_161006_barroso.pdf).

6 Taylor, Simon: Marking out the limits of Europe, in: *European Voice*, 22.06.2006

war außerdem der Meinung, dass jetzt, obwohl die Türkei das Ankara-Abkommen nicht umgesetzt hatte, die Beitrittsverhandlungen zu 27 der 35 Kapiteln des Acquis fortgesetzt werden könnten. Zum ersten Mal gäbe es in einer EU-25 eine gute Gelegenheit, „ohne Verzögerung“ zu einem Abschluss einer direkten Handelsvereinbarung zu kommen, die dazu gedacht sei, die wirtschaftliche Isolierung der türkischen Zyprioten zu beenden.

Im Laufe des Jahres 2006 gab es mehrere finanzpolitische Auseinandersetzungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien. Die britische Ratspräsidentschaft hatte Ende 2005 einen Haushaltskompromiss für die Jahre 2007 bis 2013 erreicht, auf den sich Rat und Europäisches Parlament erst im April 2006 einigten. Das Ergebnis stellte weder das Europaparlament noch die Europäische Kommission zufrieden, bedeutete aber dennoch einen vorhersagbaren Triumph für den Rat und für die Nachhaltigkeit des britischen Verhandlungsergebnisses. Schließlich wurden nur 4 Mrd. Euro zum ursprünglich 866,4 Mrd. Euro umfassenden Haushalt hinzugefügt, wovon 2,1 Mrd. Euro in die von London favorisierten Projekte zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation fließen sollten. Die Briten werden auch nicht bedauern, dass das Europaparlament sich keinen Einfluss auf die Revision des EU-Haushalts für 2008/2009 verschaffen konnte, die die britische Regierung in der Folge der französischen Weigerung 2005, von den vereinbarten Ausgabenzielen in der Landwirtschaft abzuweichen, durchgesetzt hatte. Auch nachdem Rat, Kommission und Parlament der neuen finanziellen Vorausschau schließlich zugestimmt hatten, stritt die britische Regierung in Gestalt von Schatzkanzler Gordon Brown mit dem Rest der EU weiter über die Einzelheiten und deren Umsetzung. Brown hatte klargestellt, dass Blair seiner Meinung nach im Dezember zu weit nachgegeben hatte und war entschlossen, so viel zurückzufordern, wie er nur konnte. Blair hatte zugestimmt, den britischen Haushaltsrabatt bis zu einem Höchstbetrag von 10,5 Mrd. Euro über die Jahre 2007 bis 2013 zu kürzen, ebenso wie der Tatsache, dass auch Österreich, Deutschland, die Niederlande und Schweden als bedeutende Nettozahler einen Abschlag erhalten sollten.<sup>8</sup> Brown argumentierte, dass Großbritannien im Vergleich zu den anderen Nettozahlern einen Extraabschlag auf seine Beitragszahlungen erhalten solle – ein eher kleinliches Argument ohne nennenswerte finanzielle Auswirkungen, das symptomatisch war für den Zwist zwischen der britischen Schatzkanzlei und Downing Street. Diese Querelen waren charakteristisch für die Regierungszeit von Tony Blair und alarmierten viele Partner Großbritanniens, die darin Hinweise auf die künftige Haltung Browns gegenüber der EU sahen.

Brown litt vermutlich immer noch unter der Mitteilung der Europäischen Kommission vom April zu den Einzelheiten des Preises, den Großbritannien wegen eines EU-weiten Deals zahlen musste, der als „Betrugskarussell“ bekannt geworden war. Es lief darauf hinaus, dass zur Verhinderung von Einfuhrumsatzsteuerhinterziehung im Zusammenhang mit dem Import von Mobiltelefonen und Computerchips nach Großbritannien das Land gezwungen wurde, eine weitere Reduzierung seines Haushaltsabschlages zu akzeptieren.<sup>9</sup> Angesichts des französischen Widerstands gegen Änderungen der Mehrwertsteuerbestimmungen und befeuert vom Groll über den britischen Haushaltsabschlag, akzeptierte die britische Regierung faktisch ein weiteres (nicht veröffentlichtes) Zugeständnis bei ihrem

---

7 Beckett, Margaret: Turkey-Post European Council Statement, House of Commons Statement, 18.12.2006, <http://www.fco.gov.uk/>.

8 Parker, George: Brown reopens battle on Britain's EU budget rebate, in: Financial Times, 26.06.2006, S. 1.

9 Gow, David/Elliott, Larry: France forces Brown to pay heavily to end carousel fraud, in: The Guardian, 04.04.2006, S. 24.

Rabatt als Gegenleistung für eine Ausnahme von den EU-Mehrwertsteuerregeln. Dies ermöglichte es Brown, die Mehrwertsteuer erst am Ende einer Transaktion zu berechnen und damit den Missbrauch zu verhindern, der Großbritannien geschätzte 5 Mrd. Pfund jährlich kostete. Die britische Schatzkanzlei hatte große Mühe zu leugnen, dass ein Zusammenhang zwischen den Haushaltsvereinbarungen und der Mehrwertsteuerregelung bestand. Jedenfalls scheint klar zu sein, dass es eine solche Verknüpfung gab, und dass Brown, der noch im Dezember so überzeugend gegen eine Reduzierung des britischen Rabatts argumentiert hatte, gezwungen gewesen war, seinen Stolz (und möglicherweise auch seine Überzeugungen) hinunterzuschlucken als Gegenleistung für eine Einigung in der Mehrwertsteuerfrage.

Zwei weitere Finanzfragen trübten 2006 die Beziehungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union, die beide eher politisch als wirtschaftlich bedeutsam waren. Zunächst legte die Europäische Kommission im Januar formell Beschwerde gegen Großbritannien ein über das „exzessive“ Haushaltsdefizit gemäß der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (den Brown oft für Lektionen für andere Mitgliedstaaten der EU genutzt hatte). Dieser verpflichtet alle EU-Staaten – ob in der Eurozone oder nicht – die Kluft zwischen Ausgaben und Neuverschuldung unter 3% des Bruttoinlandsproduktes und die Gesamtverschuldung unter 60% des BIP zu halten. Im Fall Großbritanniens argumentierte die Kommission, dass das britische Defizit sich 2006 auf 3,4% beliefe nach 3,3% für 2005 und 3,2% für 2004 und dass Brown daher geeignete Maßnahmen ergreifen solle, um entweder die Ausgaben zu reduzieren oder die Steuern zu erhöhen. Brown wollte auf keine der beiden Alternativen eingehen. Zu seiner Verteidigung sagte er, dass die Schätzungen der Kommission über das britische Haushaltsdefizit nicht korrekt wären, außerdem könne die Kommission bei einem Mitgliedstaat keine derartigen Maßnahmen erzwingen, der nicht zur Eurozone gehört. Diese „Peinlichkeit“ wurde natürlich sofort von der konservativen Opposition und von denjenigen in anderen EU-Mitgliedstaaten aufgegriffen, die der Vorhaltungen von Brown im Wirtschafts- und Finanzrat bezüglich ihres eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Missmanagements müde geworden waren.

Im November schließlich warnte die Europäische Kommission Großbritannien, dass im Zuge der Kontrollen der Buchprüfungen der britischen Agenturen, die an der Verteilung von mehr als 2 Mrd. Pfund aus dem EU-Strukturfonds 2005 beteiligt waren, Unstimmigkeiten entdeckt worden seien und dass ohne zufrieden stellende Nachbesserungen Zahlungen an Großbritannien zurückgehalten und Rückzahlungen gefordert würden. Darüber hinaus hatte Großbritannien auch Schwierigkeiten mit der Verwaltung der Zahlungen aus der Gemeinsamen Agrarpolitik durch die britische Rural Payments Agency, die als „in Unordnung“ bezeichnet wurde.<sup>10</sup> Die Antwort der britischen Regierung erfolgte wie üblich rüde und konfrontativ durch Ed Balls, Browns rechte Hand in der Schatzkanzlei, der mitteilte, dass Großbritannien eine „jährliche Zusammenfassung über die britische Einbindung in EU-Ausgaben nach internationalen Buchhaltungsstandards und geprüft vom nationalen Rechnungshof“ vorlegen würde.<sup>11</sup> Damit verwies Balls auf das andauernde Versagen der EU (zwölf Jahre hintereinander), den Europäischen Rechnungshof über ihre eigenen Ausgaben zufrieden stellend zu informieren. Es ist bemerkenswert, dass früher im Jahr ein Bericht eines Sonderausschusses des britischen Oberhauses zum Problem des Betruges in

---

10 Taylor, Simon: Marking out the limits of Europe, in: *European Voice*, 22.06.2006.

11 Blitz, James: Britain to take lead on vetting EU accounts, in: *Financial Times*, 20.11.2006, S. 2.

der EU zu dem Schluss kam, dass das Niveau des Betrugs in der EU nicht höher sei als in vergleichbaren öffentlichen Ausgabenprogrammen einschließlich derer in Großbritannien.

Abgesehen von den bereits dargelegten Zankereien zwischen Großbritannien und der EU betrug das Wachstum der britischen Wirtschaft auch 2006 akzeptable 2,75%,<sup>12</sup> ermutigt durch wachsende Investitionen und einen Aufschwung in der verarbeitenden Industrie und das Exportwachstum in Schlüsselmärkten. Sowohl Beschäftigung als auch Arbeitslosigkeit stiegen 2006 in Großbritannien durch ein wesentlich größeres Angebot an Arbeitskräften als Ergebnis der Einwanderung nach der EU-Erweiterungsrunde 2004. Bedenken wegen der Ursache dieses Wachstums führten dazu, dass die britische Regierung weniger großzügig gegenüber Rumänien und Bulgarien war als gegenüber den Ländern der ersten Beitrittsrunde von 2004.<sup>13</sup>

### **Internationale Entwicklungen**

Im Laufe des Jahres 2006 bemühte sich die Europäische Union, sich in ihren bilateralen Beziehungen mit den Großmächten wie Russland, China und den USA bemerkbar zu machen, während sie gleichzeitig überall auf dem Globus aktiv war.<sup>14</sup> Nicht nur Großbritannien zeigte sich sehr zögerlich, wenn es darum ging, die eigenen privilegierten bilateralen Beziehungen zugunsten einer gemeinsamen europäischen Position aufzugeben. Tony Blair war in dieser Hinsicht, verglichen mit seinen europäischen Amtskollegen, besonders reserviert. Somit gab es 2006 viele Beispiele dafür, wie Großbritannien seine bilateralen Beziehungen vor die EU-Solidarität stellte. Gleichzeitig war man jedoch auch bereit, weitere institutionelle Änderungen in den Entscheidungsprozeduren zu überdenken, um die Kohärenz und Glaubwürdigkeit der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu verbessern. Immerhin war Tony Blair einer der Architekten der im Verfassungsvertrag vorgesehenen Option, den Präsidenten des Europäischen Rates zu wählen. Und Großbritannien hatte auch 2006 klar gestellt, dass es dieses Novum genauso wie den Europäischen Außenminister (unter der Voraussetzung, dass sie oder er nicht länger als Minister bezeichnet würde, um die euroskeptische britische Öffentlichkeit nicht zu verärgern) auch in einem künftigen Vertrag unterstützen würde. Andere wiederum fragten sich, ob Blairs Interesse an der Wahl eines Europäischen Ratspräsidenten wachsen würde, sobald er durch seinen angekündigten Rücktritt als britischer Premierminister verfügbar wäre.

Großbritannien unterstützte auch 2006 die Entwicklung der EU-Gefechtsverbände im Rahmen der ESVP als eine Verbesserung der ursprünglichen „Headline Goals“. London gelang außerdem die Ernennung von Nick Witney (früherer britischer Verteidigungsminister) an die Spitze der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA), die 2006 ihre Arbeit voll aufgenommen hat.

Großbritannien forderte einerseits die Einheit der EU durch die Vorliebe für Bilateralismus heraus, beteiligte sich aber andererseits mit Frankreich und Deutschland im Rahmen der EU-Troika am Versuch, mit dem Iran über dessen Atomwaffenpotenzial zu verhandeln. Diese Arbeit der EU-3 wurde vervollständigt durch Londons wachsende

---

12 Johnson, Debra: Developments in the Economies of Member States Outside the Euro Area, in: The JCMS Annual Review of the European Union in 2006, 2007, S. 231-249, hier 236.

13 Ebd., S. 237.

14 Allen, David/Smith, Michael: Relations with the Rest of the World, in: The JCMS Annual Review of the European Union in 2006, 2007, S. 163-181.

Solidarität bei anderen Themen, wie etwa beim Klimawandel, in der Energiepolitik oder in den EU-China-Beziehungen.

Im Dezember legte die britische Regierung ihr lang erwartetes Weißbuch vor,<sup>15</sup> in dem sie sich für die Erneuerung der britischen atomaren Abschreckung aussprach. Die Entscheidung, neue, mit ballistischen Raketen ausgerüstete U-Boote und eventuell auch modernisierte Trident-Raketen und Gefechtsköpfe anzuschaffen, wurde mit einer Reihe neuer Bedrohungen in der Welt nach dem Kalten Krieg und mit der britischen Verpflichtung gegenüber den NATO-Mitgliedern gerechtfertigt. Doch es wurde über die britischen Verpflichtungen gegenüber der ESVP nicht mehr gesagt, als dass versichert wurde, dass die Kosten für die Erneuerung der britischen atomaren Abschreckung nicht zu Lasten der britischen konventionellen Streitkräfte und damit ihrer Fähigkeit, zu den militärischen Missionen der ESVP beizutragen, gehen würde.

Dennoch wurde im Laufe des Jahres deutlich, dass die Beteiligung an ESVP-Missionen wie auch an der NATO-Mission in Afghanistan und der UN-Mission im Libanon die britischen militärischen Ressourcen bis zum Äußersten beanspruchte.<sup>16</sup> Während der Krise im Libanon zögerte die britische Regierung zunächst, andere EU-Mitgliedstaaten in ihrer Forderung nach einem frühen Waffenstillstand zu unterstützen. Als man sich schließlich auf eine Interventionstruppe unter UN-Führung geeinigt hatte, war Großbritannien nicht in der Lage, eine Beteiligung an der multinationalen Truppe anzubieten. Die starke Beteiligung Großbritanniens in Afghanistan und im Irak wie auch an verschiedenen ESVP-Missionen führt dazu, dass das Land keine frei verfügbaren Kräfte hat. Dies könnte längerfristig Bedeutung haben für die Entwicklung der ESVP, die in starkem Maße sowohl auf der britischen und der französischen Führung wie auch ihrer Bereitschaft, zu EU-Missionen beizutragen, beruht.

### **Schlussfolgerungen: Das Jahr 2006 als Wartezimmer**

Das Jahr 2006 war für Großbritannien und die Europäische Union eine Art „Wartezimmer“. Die britische politische Szene wartete auf den Abgang von Tony Blair und auf die nahezu sichere Ankunft von Gordon Brown als seinem Nachfolger. Die politische Szene der EU wartete sowohl auf die anstehenden und künftigen Erweiterungen sowie auf das Ende der vom Europäischen Rat ausgerufenen Reflexionsphase nach der Ablehnung des Verfassungsvertrages. In der Europäischen Union wurde erwartet, dass die deutsche wie auch die portugiesische Präsidentschaft Vorschläge für einen „Ersatzvertrag“ vorbringen würden und dass Blairs letzter Akt als Premierminister vermutlich sein würde, einem solchen Vertrag zuzustimmen, vorausgesetzt, dass bestimmte britische „red lines“ gewahrt bleiben würden. Dies bedeutete, dass die Erwartungen an die britische Europapolitik für das Jahr 2007 hoch sind – beginnend mit der Frage, wie der neue Premierminister mit den unvermeidlichen Rufen nach einem britischen Referendum über einen neuen Vertrag umgehen wird und ob er sich verpflichtet oder versucht fühlen wird, bald Neuwahlen auszuschreiben, um sich ein Mandat für seine Amtszeit als Premierminister zu sichern.

---

15 Renewing Trident, in: The Guardian, 05.12.2006, S. 6-7.

16 Bet-El, Ilana: Over-stretched UK is missing link, in: European Voice, 14.09.2006.

### **Weiterführende Literatur**

- Allen, David/Smith, Michael: Relations with the Rest of the World, in: The JCMS Annual Review of the European Union in 2006, 2007, S. 163-181.
- Barroso, José Manuel: Seeing through the Hallucinations: Britain and Europe in the 21<sup>st</sup> century, Hugo Young Memorial Lecture, Chatham House, verfügbar unter [http://www.chathamhouse.org.uk/files/8888\\_161006barroso.pdf](http://www.chathamhouse.org.uk/files/8888_161006barroso.pdf).
- Beckett, Margaret: Turkey-Post European Council Statement, House of Commons Statement, 18.12.2006, [www.fco.gov.uk/](http://www.fco.gov.uk/).
- Bet-El, Ilana: Over-stretched UK is missing link, in: European Voice, 14.9.2006.
- Blair, Tony: Blair, Tony: Europarede, gehalten am St Antony's College der Universität Oxford, 02.02.2006, verfügbar unter <http://www.britischebotschaft.de/de/news/items/060202.htm>.
- Blitz, James: Britain to take lead on vetting EU accounts, in: Financial Times, 20.11.2006, S. 2.
- Blitz, James: UK set for shake-up of senior diplomats, in: Financial Times, 10.12.2006.
- Blitz, James: Shake-up at Foreign Office, in: Financial Times, 11.12.2006, S. 1.
- Fleming, Stewart: Brown faces UK deficit rap, in: European Voice, 19.01.2006.
- Renewing Trident, in: The Guardian, 05.12.2006, S. 6-7.
- Gow, David/Elliott, Larry: France forces Brown to pay heavily to end carousel fraud, in: The Guardian, 04.04.2006, S. 24.
- Hanley, David: David Cameron and the EPP: a rational choice?, in: European Voice, 26.01.2006.
- Henderson, Karen/Sitter, Nick: Political Developments in the EU Member States, in: The JCMS Annual Review of the European Union in 2006, 2007, S. 183-211.
- Johnson, Debra: Developments in the Economies of Member States Outside the Euro Area, in: The JCMS Annual Review of the European Union in 2006, 2007, S. 231-249.
- Parker, George: Brown reopens battle on Britain's EU budget rebate, in: Financial Times, 26.06.2006, S. 1.
- Taylor, Simon: Marking out the limits of Europe, in: European Voice, 22.06.2006.
- White, Michael: EU threatens to wreck Cameron's honeymoon, in: The Guardian, 02.06.2006, S. 15.